



Samstag, 28.02.2015, 9.30 Uhr

Panel „Dimensionen globaler Krisen und Konflikte – Konkretisierende Beispiele“:

### **Vortrag zu „Nahe / Mittlerer Osten“ von Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)**

---

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

als wir die Strategiekonferenz planten, war der Nahe und Mittlere Osten im Fokus der Medien. Der Gazakrieg war gerade zu Ende, Deutschland lieferte Waffen an die Kurden und die USA und ihre Verbündeten begannen, den Irak und Syrien zu bombardieren, um den IS zurückzudrängen. Die Gräueltaten des IS schrecken uns weiterhin auf, zuletzt die Verschleppung von über 90 Christen aus Syrien, aber die Dringlichkeit nach Frieden für diese Region hat sich wieder nach hinten verschoben. Zu Unrecht, wie ich meine.

In der Region liegt Israel, um dessen Sicherheit die Bundesregierung wie um kein anderes Land besorgt ist. Das ist aus der deutschen Geschichte, vor allem aus dem Holocaust heraus zu verstehen. Friedensorganisationen sind ebenfalls durch diese deutsche Geschichte geprägt. Aus dieser Verantwortung heraus setzen wir uns heute für Menschenrechte und Völkerrecht ein. Zu pax christi international gehören auch Organisationen aus dem Libanon, aus Ägypten, Jordanien und Palästina. pax christi Deutschland hat seit vielen Jahrzehnten gute Kontakte zu israelischen und palästinensischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. Zu messen ist deutsche Politik, auch unser Engagement daran, ob es Perspektiven und Hoffnung stärkt oder Stagnation und Hoffnungslosigkeit.

---

Die Staaten im Nahen und Mittleren Osten sind ein Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Die damalige Besatzungsmacht, das bereits im Niedergang begriffene osmanische Reich war mit Deutschland und Österreich verbündet. Großbritannien und Frankreich suchten Unterstützer unter den arabischen Führern gegen die Osmanen, indem sie ihnen einen arabischen Staat bzw. Unabhängigkeit versprachen. Gleichzeitig hatten die beiden Kolonialmächte die Region im Sykes-Picot-Abkommen bereits unter sich aufgeteilt.

#### **1. Karte Sykes-Picot**

Die französische Einflussosphäre sollte von Beirut bis Mossul, die britische von Gaza bis Bagdad reichen.

Zusätzlich ging die britische Regierung immer mehr auf die Position des Führers der britischen Zionisten Chaim Weizmann ein. Der Chemiker war Direktor des Munitionslabors der britischen Marine. Weizmann, später erster Staatspräsident Israels, argumentierte für einen jüdischen Staat in Palästina, um das Bewusstsein aller Juden zu fördern, Mitglieder einer jüdischen Nation zu sein. Er war ein erfolgreicher Interessenvertreter. Am 17. November 1917 unterschrieb der britische Außenminister Balfour die Balfour Deklaration, einen von Weizmann vorbereiteten Brief an den Vertreter des zionistischen Weltkongresses, Lord Rothschild, der für Juden eine Heimstätte in Palästina vorsah.

Auf der einen Seite wurde also den arabischen Vertretern Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, auf der anderen Seite wurde den Zionisten eine jüdische Heimstätte versprochen. Alles im britischen Interesse: Die Briten erhielten dadurch arabische und jüdische Unterstützung im Ersten Weltkrieg, und sie konnten ihre kolonialen Interessen ausbauen, vor allem ging es ihnen um den Suezkanal. Dieses widersprüchliche Agieren der britischen Regierung legte den Grundstein für den jetzigen Nahostkonflikt. Und wenn es heute etwas Gemeinsames im israelisch/palästinensischen Konflikt gibt, ist es das gemeinsame Schimpfen auf die Briten.

---

Schließlich bekamen aber weder die Araber noch die Zionisten das Land. Der neugegründete Völkerbund sprach Großbritannien Palästina und Cisjordanien zu.

## 2. Karte: Britisches Mandat

Auf dieser Karte vom Nachrichtenportal Hagalil sieht man eine schwarze Grenze für die jüdische Heimstätte eingezeichnet. Aus der Balfour Deklaration geht diese Grenze aber nicht hervor. Die blaue Linie zeigt, wo nach Forderung der zionistischen Verwaltung in Palästina die israelische Grenze hätte verlaufen sollen.

Wie heute Netanjahu setzten die Zionisten damals auf Einwanderung. Ende des 19. Jahrhunderts wurde die erste jüdische Siedlung in Palästina gegründet. 1918 lebten knapp 600.000 Araber und 70.000 Juden in Palästina. 1936 war ein Viertel der Bevölkerung jüdisch. Um den NS-Pogromen in Europa zu entkommen, flüchteten Juden auch nach Palästina. 1948, vor der Staatsgründung Israels lebten 600.000 Juden in Palästina, ein Drittel der damaligen 1,9 Millionen Einwohner. Parallel zu den Einwanderungen kam es zu Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen bis zu Massakern und Terrorakten. 1946 hatte die zionistische Irgun das Jerusalemer King David Hotel, in dem Teile der britischen Mandatsverwaltung waren, in die Luft gesprengt. Über 90 Menschen kamen ums Leben.

---

Der Konflikt brannte also lichterloh. Die Briten versuchten ihn in Griff zu bekommen, indem sie die Teilung des Landes vorschlugen. Schließlich nahm die UN am 29. November 1947, heute ist das der UN-Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, den Teilungsplan an.

## 3. Karte UN-Teilungsplan/Waffenstillstandslinie

Die arabischen Länder und andere wie Griechenland hatten gegen eine Teilung Palästinas gestimmt. Die UN-Resolution bedeutete: Auf dem blauen Gebiet, auf 56% der Fläche, sollte der Staat Israel entstehen mit 500 000 Juden und fast so vielen Palästinensern. Auf dem beigen, mit 43% der Fläche, der arabische Staat. Jerusalem und Betlehem sollten eine internationale Zone bilden. Der erste Punkt der Teilungsresolution, der Abzug der Briten, wurde erfüllt. Die letzten Briten zogen am 14. Mai 1948 aus dem Land ab und David Ben Gurion rief den Staat Israel aus.

---

Mit dem Teilungsplan begann die Flucht und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Die Hälfte der rund 750 000 Vertriebenen, darunter Einwohner der Städte Tiberias, Jaffa und Safed, mussten ( nach palästinensischer Geschichtsschreibung) oder verließen freiwillig (nach israelischer Geschichtsschreibung) bereits vor der israelischen Staatsgründung ihre Häuser verlassen. Auch eroberten die zionistischen Milizen in dieser Zeit bereits Land, das der UN-Teilungsplan für den arabischen Teil vorsah. Für die palästinensische Bevölkerung war die Flucht und Vertreibung ein Schock, eine Katastrophe, die sie Nakba nennen. Rund 400 Dörfer wurden zerstört. Während die israelische Regierung es der geflohenen palästinensischen Bevölkerung verbot, in ihre Heimat zurückzukehren, erließ sie ein

„Rückkehrrecht“ wonach Juden auf der Welt jederzeit nach Israel einwandern dürfen. Heute gibt es fünf Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge, die auf Rückkehr oder Kompensation warten.

#### 4. Karte palästinensische Flüchtlinge

Nach der israelischen Staatsgründung griffen die arabischen Staaten den neuen Staat an. Sie verloren den Krieg und einigten sich mit Israel auf eine Waffenstillstandslinie, die „grüne Linie“. Der Blick auf die Karte zeigt, dass Israel nach diesem ersten Krieg 78% des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina umfasste.

---

Was heißt das für heute? Jahrzehntelang wollte sich die einheimische palästinensische Bevölkerung nicht mit dem neuen Staat abfinden. Und der ungelöste Palästinakonflikt verhinderte lange den Aufbau von guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Der Wendepunkt kam 1988 als die PLO, die Vertretung des palästinensischen Volkes, den Staat Palästina ausrief. Die PLO war zu Verhandlungen bereit. Ihr Ziel ist ein Staat in den restlichen 22% des ehemaligen Mandatsgebiets. Flankierend bot die Arabische Liga 2002 an: volle diplomatische Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel, wenn Israel sich auf die Waffenstillstandslinie von 1949 zurückzieht.

Die Verhandlungen in Madrid und Oslo begannen 1991. Im Nachhinein muss man sagen, dass mit dem sogenannten Friedensprozess nie ernsthaft eine Zweistaatenlösung angestrebt war. Es wurden palästinensische Enklaven geschaffen, die durch Kontrollpunkte voneinander getrennt sind und eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung geschweige denn einen Staatsaufbau unmöglich machen. Oslo endete mit dieser Karte.

#### 5. Karte: A-, B-, und C-Gebiete

Die A-Gebiete sind unter pal. Verwaltung, die B-Gebiete und pal/isr. Und die C-Gebiete unter israelischer. In den C-Gebieten erhalten Pal keine Baugenehmigungen, werden von der Wasserversorgung abgeschnitten und werden vertrieben. So verweigert z.B. aktuell der Likud Infrastrukturminister Schalom 1000 palästinensischen Wohnungen in der neugebauten Stadt Rawabi im Westjordanland den Wasseranschluss. Und nach wie vor können Palästinenser jederzeit von der israelischen Armee verhaftet werden und nicht umgekehrt. In dieser Woche war gerade der Prozess gegen den Menschenrechtsaktivisten Abdallah Abu Rahme aus Bilin vor einem israelischen Militärgericht. Er wurde verurteilt ein ideologisches Verbrechen begangen zu haben. Abu Rahme demonstriert jeden Freitag gewaltfrei gegen die Mauer in seinem Heimatdorf Bilin bei Ramallah.

---

Der israelische Siedlungsbau im Westjordanland ist im vergangenen Jahr um 40 Prozent gestiegen. In dieser Woche hat der israelische Bauminister bekannt gegeben, dass 48.000 neue Häuser und Wohnungen in der Westbank gebaut werden und weitere 15.000 in Ost-Jerusalem. Die Zwei-Staaten-Lösung hätte eine Chance gehabt, wenn Länder wie die USA oder die Bundesrepublik es nicht nur bei Absichtserklärungen belassen hätten, sondern flankierend keinen Siedlungsbau mehr geduldet hätten.

#### 6. Karte: Zwei-Staaten-Lösung

Noch einmal hat Präsident Abbas im letzten Herbst vor der UN-Generalversammlung „die Gründung eines freien und unabhängigen Staates Palästina“ gefordert. Er sagte: „Wir bestätigen das Ziel, die israelische Besatzung zu beenden und eine Zwei-Staaten-Lösung zu finden, um den Staat Palästina neben dem Staat Israel zu gründen, mit Jerusalem als seiner Hauptstadt, auf dem gesamten Gebiet, welches seit 1967 besetzt ist, und einen gerechten Frieden zu finden, der die Notlage der Palästinensischen Flüchtlinge, entsprechend der UNO Resolution 194 beendet.“

---

Ich bekomme oft zu hören, die Palästinenser könnten doch einfach mal Ruhe geben, keine Raketen mehr schießen und Israel nicht provozieren, indem sie z.B. Mitglied bei UN Organisationen werden. Dann wäre doch Frieden. Ich glaube aber, Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser wird es nur geben, wenn die Rechte der Palästinenser respektiert werden. Das Verhältnis ist asymmetrisch: auf der einen Seite eine Besatzungsmacht, auf der anderen Seite ein besetztes Volk. Nicht die Palästinensische Verwaltung baut auf dem israelischen Staatsgebiet eine Mauer, sondern Israel auf dem Gebiet der Palästinas. Nicht die Palästinensische Verwaltung baut für ihre Bevölkerung Siedlungen in Israel, sondern Israel baut für sich in den palästinensischen Gebieten, nicht die Palästinenser sperren den Personen- und Warenverkehr von Israelis ab, sondern Israel unterbindet den Personen- und Warenverkehr der Palästinenser. Das ist eine so offensichtliche Asymmetrie der Verhältnisse, das ist eine so offensichtliche Ungerechtigkeit, dass sie zu einem Symbol für die Unglaublichkeit des Westens in der gesamten arabischen und islamischen Welt geworden ist. Diese Situation wird so nie und nimmer Frieden hervorbringen. Sie führt dazu, dass die israelischen Parteien für die Zukunft des Landes fast nur noch eine militärische Perspektive sehen.

Auch wenn es für eine Zwei-Staatenlösung zu spät sein sollte, ist es noch nicht zu spät, Völkerrecht und Menschenrecht dort zu stärken. Was antworten wir israelischen und palästinensischen Friedensorganisationen, die uns drängen, für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden einzutreten? In der Arbeitsgruppe heute Nachmittag soll überlegt werden, wie das geschehen könnte.

Mit der Bedrohung der Region durch den IS schließt sich ein Kreis. Die Muslimbrüder, zu denen auch die Hamas gehört, haben ihren Einfluss in der Region verloren. Die Ideen des IS fallen in vielen arabischen Ländern auf fruchtbaren Boden. Der IS respektiert die heutigen Grenzen nicht und der Kampf endet für die Dschihadisten auch nicht mit dem Sturz von Assad. Der IS strebt einen islamischen Staat an, der bis zum Mittelmeer reicht, was der ehemaligen osmanischen Provinz vor dem Ersten Weltkrieg entsprechen würde. Von manchen wird auch bereits der Petersplatz in Rom und Al Andalus anvisiert. Ganz oben auf der Zielliste des IS steht die Befreiung Jerusalems, auf Arabisch Al Quds.

Der Westen setzt auf alte und neue Verbündete, auf die Kurden, auf Israel, möglicherweise bald auf den Iran und z.T. auf die Türkei. Die Bundesrepublik liefert Waffen und Militärausbildung. Statt dessen ist es dringend an der Zeit, eine andere Hoffnung in der Region zu schaffen. Eine Hoffnung, die auf dem friedlichen gleichberechtigten Zusammenleben von Israelis und Palästinensern aufbauen kann, die auch einen offenen Zugang zu Jerusalem für alle Gläubigen bereit hält.

Präsident Obama hat in seiner Kairoer Rede 2009 neben dem Extremismus den ungelösten Israel/Palästina Konflikt als die zweite Quelle der Spannungen zwischen der westlichen und der muslimischen Welt bezeichnet. Er unterstrich, dass die Situation für das palästinensische Volk nicht mehr tolerabel sei. Die Israelis müssten begreifen, dass genauso wenig wie Israels Existenzrecht geleugnet werden könne, das Existenzrecht Palästinas geleugnet werden könne. Die USA würden den fortgesetzten Siedlungsbau nicht akzeptieren. Dass aus dieser historischen Rede so wenig wirksame, inzwischen hat man sogar den Eindruck, so wenig ernsthafte Politik gefolgt ist, hat die Ausweglosigkeit und den Anstieg der Spannungen befördert. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Zivilgesellschaft von ihren Regierungen fordert, endlich auf dem internationalen Recht zu bestehen. Sonst geschieht, was uns israelische Freunde seit Jahren sagen, dass sie keine Zukunft in der Region haben

werden.